



IG BAU-Chef Robert Feiger zum "Mega-Deal" auf dem Wohnungsmarkt: "Vonovia will Deutsche Wohnen schlucken"



(Foto: Kristin Snippe / Unsplash)

Zur Mega-Fusion auf dem Wohnungsmarkt, zum Milliarden-Deal der geplanten Fusion von Vonovia und Deutsche Wohnen, erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Robert Feiger:

"Es ist der größte Immobilien-Deal Deutschlands. Es wird Europas größter Wohnungskonzern. Wenn Superlative und eine Super-Milliarden-Summe sich aufs Wohnen stürzen, dann ist das ... auf keinen Fall zwangsläufig auch super. Jedenfalls nicht für die Mieter: Der Konzern wird größer, die Mieter werden dabei aber immer kleiner. So ein XXL-Konzern wird sein Diktat von der Miethöhe bis zu den Vertragskonditionen für Mieter machen. Er wird auch bei Renovierungen, bei energetischen und altersgerechten Sanierungen Bauunternehmen mehr diktieren als heute schon: vor allem die Preise. Aber auch Baumaterial, das Bautempo ... und am Ende indirekt sogar den Arbeitsschutz. Nicht nur die Mieter werden durch den Mega-Deal kleiner, auch die Handwerker.

Es hat schwere Fehler gegeben: Vor gut zwanzig Jahren haben der Bund, Bundesunternehmen, Länder und Kommunen damit begonnen, mehr als 620 000 Wohnungen (!) zu verkaufen – Bahn-Wohnungen, Post-Wohnungen, Wohnungen der Deutschen Rentenversicherung, die kommunalen Wohnungsgesellschaften in Dresden, Kiel, Osnabrück ... Gekauft wurden die günstigen XL-Wohnungspakete von profitorientierten Immobilienfonds, von Heuschrecken. Die haben damit ihre Geschäfte gemacht und die Mieten enorm nach oben getrieben. Bezahlt haben die Zeche am Ende nur sie: die Mieter.

Es war ein 'wohnungsbaupolitischer Sündenfall', dass der Staat seine Wohnungen im großen Stil abgestoßen hat. Ohne diesen Sündenfall würde es kein Vonovia II geben.

Der Staat hat heute nur eine Chance, dem etwas entgegenzusetzen: eine Bau-Offensive. Und zwar den Bau von bezahlbaren Wohnungen und von Sozialwohnungen. Dafür brauchen wir endlich einen Masterplan und ordentlich Geld im Bundeshaushalt.

Und wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit: Wohnungsbau darf nicht allein den Profitinteressen privater Investoren überlassen werden. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es in der Wohnungsversorgung seit 1989 keine steuerliche Begünstigung für gemeinnützige Unternehmen mehr. Das hat unter anderem zu der Privatisierung zahlreicher Wohnungsbestände, zum Auslaufen Zehntausender Sozialbindungen und einer jahrzehntelang unzureichenden Neubautätigkeit geführt."